



Kreis Mettmann  
Der Kreistag

Gesundheitsausschuss

---

Es informiert Sie:	Agata Simon
Telefon:	02104/99-2260
Fax:	02104/99-842260
E-Mail:	agata.simon@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 10.06.2020

### **Niederschrift**

zur Sitzung des Gesundheitsausschusses

Sitzungstermin Donnerstag, den 28.05.2020, 15:00 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.601 (großer Sitzungssaal)

Anwesend waren:

#### **Vorsitz**

Klaus Rohde

#### **Mitglieder**

Nicole Anfang

Dirk Brixius

Bernd Falkenau

Karl-Heinz Göbel

Brigitte Hagling

Gabriele Hruschka

(ab 15:02 Uhr)

Jörg Koch

Regina Kückler

Nils Lessing

Marianne Münnich

Renate Petschull

Martina Reuter

Sybille Schettgen

Norbert Schreier

Andreas Seidler

Margret Stolz

Elke Thiele

(abwesend von 15:55 Uhr bis 15:59 Uhr)

#### **Verwaltung**

Antje Arnolds

Marion Bayan

Daniela Hitzemann

Marcus Kowalczyk

Dr. Rudolf Lange  
Ralf Mülders  
Thomas Müller  
Andrea Pannen  
Frank Schäfer  
Agata Simon  
Laura Wachsmann  
Dorothea Weiß

## **Tagesordnung**

### **Öffentlicher Teil**

1. Formalien
  - 1.1. Eröffnung der Sitzung
  - 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
  - 1.3. Feststellung der Anwesenheit
  - 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
  - 1.5. Feststellung der Tagesordnung
  - 1.6. Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Gesundheitsausschusses vom 02.03.2020
3. Informationen der Verwaltung
4. Corona-Pandemie: Aktuelle Lage im Kreis Mettmann  
Hier: Mündlicher Bericht
5. Bericht über die Ferienfreizeiten für Menschen mit Behinderung im Jahr 2019 57/004/2020
6. Förderprogramm des Landes NRW zur Stärkung der Suchtberatung für wohnungslose Menschen  
Hier: Entsperrung von Haushaltsmitteln 53/006/2020
7. Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Betreuung von Menschen mit Behinderungen  
Hier: Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vom 21.04.2020 53/007/2020
8. Kinder psychisch und suchterkrankter Eltern  
HIER: Anfrage der CDU-Kreistagsfraktion vom 12.05.2020 53/009/2020
9. Nachträge
  - 9.1. Hebammenversorgung im Kreis Mettmann  
HIER: Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 18.05.2020 53/010/2020

### **Nicht öffentlicher Teil**

- 10. Informationen der Verwaltung
- 11. Nachträge

### **Öffentlicher Teil**

<b>Zu Punkt 1:      Formalien</b>
-----------------------------------

Herr Rohde eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Es folgt die Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit.

Herr Brixius von der SPD ist für Frau Klaus erschienen, Frau Rotert von der CDU wird von Herrn Göbel vertreten.

Herr Rohde weist darauf hin, dass die Tagesordnung im öffentlichen Teil fristgerecht um die Punkte

9.1 (Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zur Hebammenversorgung im Kreis Mettmann)

und

9.2 (Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion zu Folgen der Corona-Pandemie)

erweitert wurde.

Weitere Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.  
Die Tagesordnung wird festgestellt.

Es liegen drei Tischvorlagen vor:

1. Die Antworten zu TOP 8 (Anfrage der CDU-Kreistagsfraktion zu Kindern psychisch und suchtkranker Eltern),
2. Die Antworten zu TOP 9.1. (Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zur Hebammenversorgung im Kreis Mettmann),
3. Die Antworten zu TOP 9.2 (Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion zu Folgen der Corona-Pandemie).

<b>Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Gesundheitsausschusses vom 02.03.2020</b>
---

Die Niederschrift über die Sitzung des Gesundheitsausschusses am 02.03.2020 wird einstimmig genehmigt.

<b>Zu Punkt 3: Informationen der Verwaltung</b>
---

Herr Schäfer informiert den Ausschuss über die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Aufgaben des Amtes 57.

Durch die im kurzfristigen Rhythmus neu gefassten Verordnungen und Allgemeinverfügungen zum Infektionsschutz seien aktuelle Anpassungen der Aufgabenerledigungen in allen Verwaltungsabteilungen und Einrichtungen nötig geworden.

Aufgrund der Verwaltungsschließung für den Publikumsverkehr konnten die Bürger/innen das Amt nicht zu den gewöhnlichen Öffnungszeiten aufsuchen. Die Dienststellen werden für Terminkunden aber jetzt wieder geöffnet. Terminvergaben seien nötig, um Personenansammlungen in den Wartebereichen zu vermeiden, insb. für die vielen Kunden des Amtes mit erheblichen Vorerkrankungen.

Im Bereich Behinderung und Ausweis werden die Bearbeitungszeiten ansteigen. Die Antragsbearbeitung sei von den Befundberichten der behandelnden Ärzte abhängig. Zur Entlastung der Arztpraxen wurde von der Aufsichtsbehörde verfügt, auf die häufig nötigen Erinnerungen zur Übersendung der Befundberichte zu verzichten. Parallel dazu fanden aus Gründen der Kontaktbeschränkungen auch keine persönlichen Untersuchungen durch den hiesigen medizinischen Dienst statt. Der dadurch entstandene Bearbeitungsstau werde sich in spürbar längeren Laufzeiten der Bearbeitung niederschlagen.

Auch der Bereich der Eingliederungshilfe sei aufgrund der Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des Virus stark betroffen. Aufgrund der hoheitlich angeordneten Schulschließungen ab Mitte März konnten z.B. auch die eingesetzten Schulbegleitungen ihrer Tätigkeit nicht mehr nachgehen. Dies habe zu erheblichen Einnahmeeinbußen bei den Dienstleistern geführt. Um dem entgegenzuwirken, habe der Bundesgesetzgeber Ende März 2020 ein Gesetz erlassen, um die Infrastruktur der Sozialen Dienstleister sicherzustellen. Das Sozialdienstleistungseinsatz-Gesetz (SodEG) sehe vor, dass die Dienstleister frei gewordene Ressourcen (Personal, Sachmittel, Räumlichkeiten) zur Krisenbewältigung anbieten und im Gegenzug eine pauschalierte Zuschussleistung zur finanziellen Absicherung erhalten. Von rund 70 Dienstleistern, mit denen der Bereich Eingliederungshilfe aktuell zusammenarbeite, hätten bislang ca. ¼ einen SodEG-Antrag gestellt. Einige seien bereits bewilligt worden. Praktische Probleme der Umsetzung durch teils unklare und lückenhafte Regelungen des Gesetzes seien weitgehend durch ein Änderungsgesetz behoben, das heute verkündet wurde. Das SodEG gelte zunächst bis Ende September 2020.

Um die Bedarfe der behinderten Schüler/innen auch während der Schulschließungen im häuslichen Umfeld sicherzustellen, seien nach Möglichkeit flexible Lösungen gefunden worden (Homeschooling). Inzwischen sei der Schulbetrieb (teilweise) eingeschränkt wieder aufgenommen worden.

Die Betretungsverbote hatten sich unmittelbar auf die Einrichtungen für Menschen mit Behinderung ausgewirkt, auch den Wohnverbund in Ratingen. Unter Einhaltung der Hygienevorschriften seien Besuche der Angehörigen nun aber wieder möglich.

Die Betreuungsstruktur im Bereich der Kindertageseinrichtungen sei komplett heruntergefahren worden mit Ausnahme der Betreuung von Kindern, deren Eltern in systemrelevanten Berufen arbeiten. Ab dem 28.05.2020 wird die Betreuung auf Vorschulkinder erweitert und voraussichtlich ab 08.06.2020 der beschränkte Regelbetrieb (reduzierte Stundenzahl) aufgenommen.

<b>Zu Punkt 4:</b>	<b>Corona-Pandemie: Aktuelle Lage im Kreis Mettmann</b> <b>Hier: Mündlicher Bericht</b>
--------------------	--

Herr Dr. Lange berichtet mündlich zur aktuellen Lage der Corona-Pandemie im Kreis Mettmann.

In diesem Zusammenhang werden die Tagesordnungspunkte 7 und 9.2 vorgezogen. Der Ausschuss nimmt die Antworten der Verwaltung zur Kenntnis.

Zunächst fasst Herr Dr. Lange die Entwicklung der Pandemie in NRW seit dem letzten Ausschuss zusammen.

Anschließend richtet er den Fokus auf den Kreis Mettmann:

Zur Bewältigung der Coronapandemie wurden in Hochzeiten 80 - 100 Mitarbeiter zusätzlich eingesetzt. In der Hotline waren teilweise bis zu 35 Telefon-Plätze besetzt. Es waren bis zu 200 Krankheitsfälle und bis zu 1.200 Quarantäne-Fälle gleichzeitig zu betreuen.

Personell unterstützt wurde das Kreisgesundheitsamt durch weitere Mitarbeitende der Kreisverwaltung, durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen, die Agentur für Arbeit sowie durch 10 sogenannte Containment Scouts

In allen 10 kreisangehörigen Städten waren zudem die Ordnungsämter alarmiert und kamen regelmäßig zum Einsatz.

Seines Erachtens kam der „Shut Down“ in Deutschland zur richtigen Zeit – die Zahlen waren anschließend rückläufig.

Während dieser Zeit wurden im Kreis Mettmann zwei Probeentnahmestellen vom Roten Kreuz organisiert. Betroffene Patienten erhalten eine Überweisung vom Hausarzt, um dort getestet zu werden. Parallel dazu hat die Kassenärztliche Vereinigung zwei sogenannte Corona-Praxen eingerichtet. Diese funktionieren ähnlich einer kassenärztlichen Bereitschaftspraxis. In diesen Praxen ist in den letzten Wochen ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen.

Im Kreis Mettmann gab es aufgrund vieler Vorerkrankungen relativ viele Todesfälle. Die Betroffenenrate liegt aber laut Herrn Dr. Lange im Durchschnitt.

Herr Kowalczyk führt ergänzend aus, dass anfangs die Zählweise der Infiziertenfälle im Vergleich zu den benachbarten Kommunen unterschiedlich war. Im Kreis Mettmann habe jeder Fall als Infiziertenfall gegolten und es wurden verhältnismäßig viele Tests durchgeführt. Mittlerweile wurde die Zählweise aber wieder angepasst.

Frau Hruschka fasst nach, wie der Kreis Mettmann mit den neu eingeführten Grenzwerten umgeht. Bei 50 Neuerkrankten pro 100.000 Einwohner in den letzten 7 Tagen sind spezifische, strengere Maßnahmen seitens der Kommune zu treffen. Herr Dr. Lange erwidert, dass der Kreis weit von diesem Wert entfernt sei – aktuell gebe es 3 bis 4 neu erkrankte Personen pro Woche.

Zudem fragt Herr Lessing nach der Situation in Flüchtlingsunterkünften und den dort eingeführten drastischen Vorkehrungen. Herr Dr. Lange meint, dass es einzelfallbetrachtet auf die Lebenssituation und die hygienischen Verhältnisse in jeder Unterkunft ankommt. Es gab in einigen Flüchtlingsunterkünften auf einen Schlag 30 – 45 Neuerkrankte. Darunter waren allerdings auch „nur“ Träger, die keine Symptome hatten.

Herr Koch betont die gute Zusammenarbeit zwischen den Wohlfahrtsverbänden und dem Kreis während der Corona-Krise.

<b>Zu Punkt 5:</b>	<b>Bericht über die Ferienfreizeiten für Menschen mit Behinderung im Jahr 2019</b> <b>- Vorlage Nr. 57/004/2020</b>
--------------------	--

Herr Schäfer erläutert mit Vorblick auf den Regelbericht für 2020, dass die Corona-Pandemie auf den Bereich Ferienfreizeiten erhebliche Auswirkungen haben werde.

Einige Reisen seien bereits abgesagt worden. Der Wohnverbund plane aktuell keine Freizeiten. Es müsse abgewartet werden, wie sich die rechtlichen Reisebeschränkungen entwickeln und auf die noch möglichen Reisepläne in den nächsten Wochen und Monaten auswirken.

Frau Hruschka erkundigt sich nach der Höhe der Zuschüsse, die für die Bewohner\*innen des Wohnverbundes Ratingen aufgewandt wurden.

Diese Angabe wird in der Niederschrift nachgereicht.

*Nachtrag:* Im Haushaltjahr 2019 wurden für die in der Vorlage unter Nr. 1 benannten Reisen abzüglich der Bewohnerbeiträge in Höhe von 6.313,00 € Zuschüsse über insgesamt 32.282,08 € aufgewendet.

Frau Hruschka weist darauf hin, dass an der Stadtranderholung der Diakonie Mettmann lediglich fünf behinderte Kinder teilgenommen haben. In der von dem Lebenshilfe e.V. initiierten Stadtranderholung haben hingegen 22 Kinder mit Behinderung teilgenommen. Sie erkundigt sich, inwieweit den Eltern bekannt ist, dass der Kreis die Teilnahmen bezuschusst.

Herr Schäfer führt hierzu aus, dass die Planung und Bewerbung dieser Angebote durch die einzelnen Veranstalter erfolge, die Eltern und Kinder seien dem Kreis Mettmann nicht bekannt. Ein entsprechender Hinweis an die Veranstalter mit geringer Teilnehmerzahl könne aber erfolgen.

Der Gesundheitsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zum Thema „Ferienfreizeiten für Menschen mit Behinderung im Jahr 2019“ zur Kenntnis.

<b>Zu Punkt 6:</b>	<b>Förderprogramm des Landes NRW zur Stärkung der Suchtberatung für wohnungslose Menschen</b> <b>Hier: Entsperrung von Haushaltsmitteln</b> <b>- Vorlage Nr. 53/006/2020</b>
--------------------	--

Herr Dr. Lange fasst den Inhalt der Vorlage kurz zusammen und beantwortet gemeinsam mit Frau Arnolds, Abteilungsleiterin des Sozialpsychiatrischen Dienstes im Kreisgesundheitsamt, dazu anfallende Fragen aus dem Plenum.

Abschließend wird ein Passus der Vorlage mündlich korrigiert:

Auf Seite 3 oben heißt es, dass zwei Personalstellen gefördert werden sollen. Korrekt wäre die Formulierung, dass eine Stelle, aufgeteilt auf zwei Personen, gefördert wird.

**Beschluss:**

Der bestehende Sperrvermerk des Produkts K07.01.03 „Psychosoziale Versorgung“ im Haushaltsplan 2020/2021 in Höhe von insgesamt 25.854,34 € wird aufgehoben.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

**Zu Punkt 7: Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Betreuung von Menschen mit Behinderungen**  
**Hier: Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vom 21.04.2020**  
**- Vorlage Nr. 53/007/2020 -**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde bereits unter dem Tagesordnungspunkt 4 vorgezogen.  
Die Antworten auf die Anfrage sind als Anlage 1 beigefügt.  
Der Ausschuss nimmt die Antworten der Verwaltung zur Kenntnis.

**Zu Punkt 8: Kinder psychisch und suchterkrankter Eltern**  
**HIER: Anfrage der CDU-Kreistagsfraktion vom 12.05.2020**  
**- Vorlage Nr. 53/009/2020**

Die Antworten auf die Anfrage lagen in der Sitzung als Tischvorlage aus.  
Sie sind der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt.  
Der Ausschuss nimmt die Antworten der Verwaltung zur Kenntnis.

Frau Schettgen fragt ergänzend nach, inwieweit der Förderkreis Kipkel e.V. noch aktiv ist.  
Frau Arnolds erörtert zunächst die unterschiedliche Organisationsstruktur des Vereins:  
Kipkel e.V. ist zuständig für die Städte Mettmann, Erkrath, Haan, Langenfeld, Monheim am Rhein und Hilden.

Für die Städte Velbert, Wülfrath und Heiligenhaus hingegen ist Kipkel SGN am Niederberg zuständig. Diese Einrichtung darf den Namen „Kipkel“ tragen, da sie im Vergleich zum Kipkel e.V. inhaltlich sehr ähnlich tätig ist.

In Ratingen bietet die Psychologische Beratungsstelle der Stadt Ratingen Hilfen für Kinder psychisch kranker Eltern an. Inhaltlich ähneln die Angebote denjenigen in den anderen Regionen des Kreises, d.h. niederschwellige Erstberatungsangebote z.B. über die Klinik für Erwachsenenpsychiatrie, ferner flexible Einzel- und Gruppenangebote für Kinder und Jugendliche, in Abhängigkeit vom jeweiligen Bedarf. Dieses Angebot wurden Mitte der 90er Jahre zusammen mit den Kooperationspartnern im Arbeitskreis „Kinder psychisch kranker Eltern“ entwickelt in Anlehnung an Kipkel e.V., um eine qualifizierte Versorgung zu gewährleisten.

**Zu Punkt 9: Nachträge**

**Zu Punkt 9.1: Hebammenversorgung im Kreis Mettmann**  
**HIER: Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 18.05.2020**  
**- Vorlage Nr. 53/010/2020**

Die schriftlichen Antworten auf die Anfrage der zur Hebammenversorgung lagen als Tischvorlage aus. Sie sind der Niederschrift als Anlage 3 beigefügt.  
Der Ausschuss nimmt die Antworten der Verwaltung zur Kenntnis.

Auf Nachfrage von Frau Münnich erklärt Herr Dr. Lange, dass der Kreis keinen Einfluss auf die Strukturen vor Ort habe. Dieser Gesundheitsfachberuf organisiere sich selbst.  
Herr Kowalczyk fügt hinzu, dass der Hintergrund für die Schlechterstellung der Hebammen ihre ungünstige Versicherung ist. Mittlerweile gebe es aber wieder bezahlbare Versicherungen, was den Beruf nunmehr etwas attraktiver mache.

**Zu Punkt 9.2: Folgen der Corona-Pandemie**  
**Hier: Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 20.05.2020**  
**- Vorlage Nr. 53/011/2020**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde bereits unter dem Tagesordnungspunkt 4 vorgezogen.  
Die Antworten auf die Anfrage lagen als Tischvorlage aus.  
Sie sind der Niederschrift als Anlage 4 beigefügt.  
Der Ausschuss nimmt die Antworten der Verwaltung zur Kenntnis.

Herr Rohde stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

**Nicht öffentlicher Teil**

[...]

**Ende der Sitzung: 16:11 Uhr**

gez.

**Klaus Rohde**

gez.

**Agata Simon**